Thomas E. Goes/Violetta Bock

Ein unanständiges Angebot?

Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte



© 2017 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45 Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05 E-Mail: mail@papyrossa.de Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Verlag, unter Verwendung

eines Motivs von bjoneal.com

Druck: Interpress

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar

ISBN 978-3-89438-652-8

Inhalt

| Control of the second of the s | | |
|--|-------------|--|
| Inhalt I. Einleitung Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte | TO REPUBLIE | |
| Einleitung Millia D. Fire and D. Lee | 7 | |
| 1 00 | | |
| Organische Krise: Gefahr und Chance | 9 | |
| Linker Populismus: Eine wirksame Waffe? Zwischen sozialpopulistischen Deutungen | 11 | |
| und autoritär-rassistischem Reservoir | 12 | |
| Linker Populismus als Teil eines popularen Sozialismus | 15 | |
| Rechter und linker Populismus: Wie Feuer und Wasser | 17 | |
| II. | | |
| Organische Krise und populistische Lücken | 21 | |
| Entsteht eine populistische Situation in Deutschland? | 22 | |
| III. | | |
| Populismus: Weder links, noch rechts | 29 | |
| Volk gegen Eliten | 29 | |
| IV. | 0.5 | |
| Der rechte Populismus | 35 | |
| Das Volk der Rechten | 35 | |
| Der Aufstieg des rechten Populismus in Deutschland | 39 | |
| V. | | |
| Die Widersprüche sind unsere Hoffnung Das Alltagsbewusstsein | 47 | |
| Die schlechte Nachricht: Brücken nach rechts | | |
| Die gute Nachricht: Sozialpopulistische Potenziale | 51 54 | |

| VI. | |
|---|-----|
| Der linke Populismus | 65 |
| Chávez, Podemos, Sanders, Wagenknecht | 66 |
| Die zwei Gesichter der populistischen Demokratiefeinde? | 85 |
| VII. Was tun? | |
| Sieben Thesen zum popularen Sozialismus | 93 |
| 1. Sozialismus von unten | 96 |
| 2. Eine organisierende Linke werden | 98 |
| 3. Eine lernende Linke werden | 104 |
| 4. Wir müssen als Linke verbinden und einigen, | |
| Mauern einreißen und Brücken bauen | 107 |
| 5. Populistisch verdichten | 111 |
| 6. Demokratische Souveränität von unten | |
| verteidigen und ausbauen | 114 |
| 7. Rebellisch regieren und Übergänge schaffen | 120 |
| | |
| Anhang | |
| Glossar | 127 |
| Literatur | 130 |

die sich wehren und auf ein besseres Leben hoffen. Für diese Vision und für die Offenheit sowie den Aufnahmewillen derer, die bereits hier leben, müssen wir gegen die nationalistischen Grenzziehungen der Rechten einerseits, gegen spontane Neigungen zur exklusiven Solidarität innerhalb der Volksklassen andererseits kämpfen.

Drittens: Für demokratische Souveränität zu kämpfen, bedeutet nicht, dass wir uns mit dieser lokalen, regionalen und nationalen Perspektive begnügen sollten; der Kampf für internationale Solidarität, Zusammenarbeit und auch Demokratie muss aber dort seinen Ausgangspunkt nehmen, wo die Menschen leben und wo sie verteidigen, was bereits erreicht wurde: von unten nach oben. Die internationale Perspektive ist gleichwohl kein »Anhängsel«. Ohne sie werden wir weder in der Lage sein, erfolgreich in unseren Kämpfen zu bestehen, die wir innerhalb eines globalen Kapitalismus führen, noch ein Bewusstsein gemeinsamer Nöte und gemeinsamer Gegner zu fördern, das die nationalen Schranken überschreitet: Ein internationales Solidaritäts- und Gemeinschaftsgefühl derer, die im Käfig des imperialistischen Kapitalismus sitzen. Verwoben mit der Verteidigung demokratischer Souveränität müssen wir daher eine internationale Bewegung aufbauen. Dies kann nur gelingen, wenn wir vor Ort im Lokalen, Regionalen und Nationalen mit einer starken Basis verankert sind und uns von da ausgehend international verbünden. TTIP ist ein gutes Beispiel für eine solche populare Bewegung, in der die Forderungen linkspopulistisch verdichtet sind, vor Ort Aktivitäten stattfinden und internationale Bündnisse lebendig werden.

7. Rebellisch regieren und Übergänge schaffen

Wer um demokratische Souveränität kämpft, um so ein alternatives, demokratisches, soziales und ökologisches Entwicklungsmodell durchzusetzen, muss die Macht übernehmen wollen. Das geflügelte Wort »Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung!« (Tucholsky) ist uns bewusst.

VII. WAS TUN?

Aber wir sollten den Kampf um demokratische Souveränität, so unsere abschließende These, mit dem Versuch verbinden, rebellisch zu regieren. Eine rebellische Regierung weiß, dass sie sich mit den Mächtigen anlegen muss, sie weiß um die Notwendigkeit, den Staat selbst zu demokratisieren und außerhalb des Staates neue Einrichtungen popularer Macht (Volksmacht) entstehen lassen zu müssen. Natürlich ist uns klar, dass diese Überlegungen heute unrealistisch erscheinen, weil das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in Deutschland so schlecht ist – und wer möchte glauben, dass eine solche rebellische Regierung mit der heutigen Linkspartei, mit der SPD und den Grünen möglich wäre? Wir nicht! Aber Hand aufs Herz: Wer hätte 2007/08 geglaubt, dass sich Linke in Griechenland, Spanien und Portugal nur wenige Jahre später mit der Machtfrage ernsthaft auseinandersetzen müssten?

So wichtig es auch ist: Es reicht nicht zu protestieren und zu opponieren, soziale Mobilisierungen ohne politische Machtoption erschöpfen sich. Der Aufstieg der Syriza-Partei zur Regierungspartei in Griechenland zeigt das deutlich – paradoxerweise. Paradoxerweise, weil wir alle das Ende der Geschichte vor Augen haben: Nach einigen Monaten der Verhandlung mit den internationalen Geldgebern hat sich die Parteiführung unter Alexis Tsipras dazu entschieden – trotz einer Volksabstimmung, in der eine Mehrheit dagegen stimmte –, sich dem Diktat zu unterwerfen, das nicht zuletzt die deutsche Regierung forciert hat.

Allerdings: Jahre der zum Teil beeindruckenden außerparlamentarischen Mobilisierungen gegen das Austeritätsregime, das durch die griechische Sozial- und Christdemokratie umgesetzt wurde, hatten auch zuvor kaum etwas zum Guten verbessert. Eine linke Regierung bot die Chance, ein anderes Entwicklungsmodell durchzusetzen. Dass die Chance nicht genutzt wurde, bedeutet nicht, dass sie nicht hätte genutzt werden können. So sah es zumindest eine Mehrheit der Syriza-Mitglieder, die seit der Niederlage die Partei verlassen haben. Es heißt lediglich, dass wir über realistischere und daher radikalere Strategien nachdenken müssen. Wer den Tiger reiten will, sollte wissen, dass er kein Kätzchen ist.

Wir plädieren daher für eine Doppelstrategie, in der Kämpfe innerhalb des Staates mit Kämpfen außerhalb der Staatsapparate verbunden werden. So können die Bedingungen einer demokratischen sozialistischen Transformation geschaffen werden, die vermutlich ein anhaltender Prozess dynamischer Brüche sein wird. Starke und politisch autonome soziale Bewegungen sind Teil dieser Machtstrategie. Sie können – in kreativer Spannung und in Reibung mit einer rebellisch regierenden Linken – neue Formen der popularen Demokratie schaffen und den radikalen gesellschaftlichen Umbau vorantreiben.

Da sozialistische Transformationen keinen einzelnen »Moment« kennen, nach dem der alte Staatsapparat verschwunden ist und gesellschaftliche Verhältnisse plötzlich »ganz andere« sind, lässt sie sich lediglich als andauernder Prozess der Doppelmacht denken - ein Prozess allerdings, in dem Brüche und Sprünge im Machtgefüge entstehen und die Macht von einer auf eine andere Gesellschaftsklasse übergeht. Der regierende populare Sozialismus sollte dabei das Bett eines die Gesellschaft umgestaltenden, eines befreienden Stromes sein wollen, nicht der Deich gegen ihn (Salvador Allende). Es geht darum »die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und der Institutionen der repräsentativen Demokratie ... mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und von Selbstverwaltungszentren« (Poulantzas: 2002, 283) zu verbinden. Dass es in der Bundesrepublik bisher keine Organisationen oder Parteien gibt, die eine solche Strategie umsetzen könnten, ist eines der größten Probleme der deutschen Linken.

Ein solcher radikaler gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich als längerer dynamischer Prozess, in dem Zentren der ArbeiterInnenund Volksmacht innerhalb des Staates und neue Formen direkter Demokratie außerhalb der Staatsapparate erkämpft werden müssen.

Rebellisches Regieren geht nur im Zusammenspiel von beidem. »Die Staatsmacht zu ergreifen bedeutet, den Massenkampf so zu entfalten, dass er das innere Kräfteverhältnis der Staatsapparate verändert ... Der lange Prozess der Machtergreifung in

VII. WAS TUN? 123

einem demokratischen Weg zum Sozialismus besteht im Wesentlichen darin, die innerhalb der staatlichen Netzwerke verstreuten Widerstandszentren der Massen zu entfalten, verstärken, koordinieren und zu leiten, sowie neue Zentren zu schaffen und zu entwickeln.« (Ebd., 286-287) Durch soziale Bewegungen, Formen der lokalen Gegenmacht, Prozesse der Selbstorganisierung und Projekte der Selbstverwaltung können gleichzeitig Einrichtungen der direkten und partizipativen Demokratie entstehen, in denen Volksmacht direkt ausgeübt werden kann.

Diese Doppelbewegung sozialistischer Transformation wird Brüche mit der Macht des Staates und des Kapitals enthalten, deren Geschwindigkeit und Tiefe wird aber von den Kräfteverhältnissen und den Mobilisierungen von Bewegungen abhängen. Es gibt dabei keinen einzelnen Moment, in dem radikale Reformen in einen klaren sozialistischen Übergang umschlagen. Vielmehr wird es darum gehen, eine postkapitalistische oder gemeinwirtschaftliche Art und Weise des Lebens, des Produzierens und Verteilens gegen die kapitalistische durchzusetzen, mit der sie noch koexistieren wird. Bei der Festigung und Entfaltung permanenter Doppelmacht geht es insofern darum, neue Formen der »Macht von unten« zu schaffen, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse herausfordern bzw. alternative durchzusetzen beginnen. Bewegungen, Initiativen, Selbstorganisierungen und Projekte der Selbstverwaltung von Schulen, Betrieben u.ä. sind dabei sowohl das Mittel zur Durchsetzung des Neuen als auch Laboratorien der Kreativität, in denen das Neue überhaupt erst geboren werden kann.

Rebellische Regierungen sollten möglichst nach zwei einfachen Maximen handeln.

Erstens: Sie wählen ihre Ziele und die für die Durchsetzung der Ziele eingesetzten Methoden so, dass sie in maximaler Weise die Selbsttätigkeit, die Selbstorganisation und das politische Bewusstsein der Subalternen fördern. Umgekehrt wird im Rahmen popularer Realpolitik alles vermieden, was Selbstorganisation, Selbsttätigkeit und die Entwicklung des politischen Bewusstseins der Subalternen behindert.

Zweitens: Sie versuchen, die Kämpfe für unmittelbare Reformen mit der Vorbereitung auf antikapitalistische Kämpfe zu verbinden. Mit anderen Worten: Sie versuchen, Kämpfe für systemkonforme Reformen mit Kämpfen für antikapitalistische Reformen zu verbinden. Antikapitalistische Reformen richten sich an den Bedürfnissen der Subalternen und ausdrücklich und gewollt nicht daran aus, ob sie innerhalb des Kapitalismus möglich sind, d.h. der kapitalistischen Rationalität entsprechen. Mit Bedacht und Nachdruck: Dies ist abhängig vom Bewusstsein innerhalb der Volksklassen und der Bewegungen sowie vom politischen Kräfteverhältnis. Zentral für diese Strategie des popularen Sozialismus ist es daher, an Kämpfen teilzunehmen, sie zu dynamisieren und nach Möglichkeit systemkonforme zu systemsprengenden Forderungen weiterzuentwickeln. Durch radikale Reformpolitik wird dazu beigetragen, das politische Bewusstsein der Unterdrückten und Marginalisierten aus ihren Kämpfen heraus zu verändern und solche Forderungen zu entwickeln, die zu größeren Konflikt- und Mobilisierungserfahrungen führen. So könnten ein systemfeindliches politisches Bewusstsein und Massenbewegungen entstehen, die das Gesellschaftssystem tatsächlich infrage stellen.

Auf die Frage, wie die Beherrschten dazu in die Lage versetzt werden, selbst zu regieren und die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen, antworten Vertreter des popularen Sozialismus: »Nur indem sie ihren Kampf gegen die Unterdrückung führen – Unterdrückung durch diejenigen, die ihnen erklären, sie seien unfähig zur Herrschaft. Nur im Kampf um die demokratische Macht erziehen sie sich selbst und erheben sich zu dem Niveau, von dem aus sie diese Macht ausüben können.« (Draper: 1970) Die Aufgabe und Funktion von rebellischen Regierungen liegt gerade darin, durch ihre Politik »die Massenmehrheit anzuregen, sich selbst zu befähigen, die Macht im eigenen Namen zu übernehmen durch ihre eigenen Kämpfe.« (Ebd.)

Die Geschichte gibt uns allerdings keinen Grund dazu, naiv auf die Möglichkeiten einer solchen radikalen Reformpolitik zu blicken.

VII. WAS TUN? 125

Es ist so gut wie sicher, dass sie zu politischen Umgruppierungen und vermutlich auch zu Gegenmobilisierungen führen wird. Zum radikalen Realismus gehört daher die Einsicht in die Dynamiken, die von einem linken Aufbruch ausgelöst würden.

Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht, aber ein Blick in die Vergangenheit lohnt dennoch. Er kann vor bösen Überraschungen schützen. Einigen gilt etwa das Experiment der Unidad Popular in Chile 1970 bis 1973 als Beispiel rebellischen Regierens. 1970 wurde der Sozialist Salvador Allende zum Präsidenten Chiles gewählt. Seine Regierungskoalition bestand aus der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und linken ChristdemokratInnen. Die Unidad Popular begann eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die Chile auf den demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus bringen sollten. Zugespitzt: Die Reformpolitik rief in den Jahren 1970 bis 1973 Gegenmobilisierungen des Bürgertums, eines Teils der Mittelschichten und der politischen Rechten hervor, die damit sowohl auf die Politik der Unidad Popular als auch auf Selbstorganisierungsprozesse der ArbeiterInnenklasse und der armen Bauern in den Fabriken und Stadtteilen bzw. auf dem Land reagierten. Ein Kräftemessen hatte begonnen. Die Unidad Popular entschied sich gegen eine Konfrontation, die eventuell zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geführt hätte - und provozierte gerade dadurch den Militärputsch, der am 11. September 1973 stattfand. Was folgte, ist blutige Geschichte. Es ist an dieser Stelle keine Zeit, um eine tiefere Analyse vorzulegen. Unseres Erachtens zeigt das Beispiel Chiles, dass auch eine langfristige Transformation, die mit tiefen Brüche mit der Macht des Bürgertums und des kapitalistischen Staatsapparates einhergeht, eine neue Dynamik der Klassenkämpfe auslösen wird.